

Würzburger zeigen AfD-Fraktion wegen Volksverhetzung an
Würzburg/Berlin ()

Mehrere Vertreter des "Würzburger Bündnisses für Zivilcourage" haben am Montag Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen Mitglieder der AfD-Bundestagsfraktion erstattet. Auslöser hierfür sei Kleine Anfrage "Schwerbehinderte in Deutschland" (Drucksache 19/1444) vom 22. März dieses Jahres, teilte der Sprecherrat des Bündnisses mit. Mit der Kleinen Anfrage erfüllten die insgesamt sechs namentlichen Unterzeichner rund um die Fraktionschefs Alice Weidel und Alexander Gauland nach Ansicht der Anzeige-Erstatter "in zweifacher Hinsicht den Straftatbestand der Volksverhetzung" - unter anderem werde "Behinderung" in der Kleinen Anfrage als "zu vermeidendes gesellschaftliches Übel" dargestellt.

Mit dieser Einordnung knüpften die Unterzeichner der Kleinen Anfrage inhaltlich "an Argumentationen der letztlich im Nationalsozialismus zu zahllosen Verbrechen übersetzten Debatte um 'lebensunwertes Leben' an", heißt es in der Strafanzeige. Diese Argumentation mündete in der NS-Zeit in den menschenverachtenden Euthanasiemorden. Die Debatte vor diesem historischen Hintergrund erneut zu entfachen sei geeignet, "den öffentlichen Frieden in einem schwerwiegendem Maß zu stören". Zudem werde in der Kleinen Anfrage "der Zusammenhang zu Fragen der Migration hergestellt". Es gehe der AfD-Fraktion um eine Diffamierung von Menschen, die einen Migrationshintergrund haben, hieß es. Der katholische Würzburger Hochschulpfarrer Burkhard Hose, der für sein Engagement für Flüchtlinge auch schon überregional Bekanntheit erreicht hat, sagte dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Montag auf Anfrage, man sehe durchaus Chancen auf einen juristischen Erfolg, dies sei aber nicht das oberste Ziel: "Wir wollen mit der Strafanzeige vor allen Dingen ein Bewusstsein dafür wecken, was die AfD-Fraktion tut und welcher Geist in ihren Reihen weht." Immer wieder würden bewusst rote Linien überschritten und so die Grenzen zu verschieben versucht, was über Jahrzehnte hinweg in Deutschland nach den Schrecken des Nationalsozialismus guter gesellschaftlicher Konsens gewesen sei.

Die Anzeige richtet sich namentlich gegen die AfD-Abgeordneten Alice Weidel, Alexander Gauland, Nicole Höchst, Franziska Gminder, Jürgen Pohl und Verena Hartmann. Die Strafanzeige haben neben Hose weitere Sprecher des Bündnisses unterschrieben, darunter Harald Ebert, Stefan Lutz-Simon, Stephanie Böhm, Natali Soldo Bilac sowie Aron Schuster, CSU-Stadtrat in Würzburg und Sohn des Präsidenten des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster. (01/xxxx/16.04.2018)

epd lbm dsq

epd-Service

Internet

Kleine Anfrage der AfD-Bundestagsfraktion (Vorabfassung) als pdf-Datei: <http://u.epd.de/ze2>

Redaktionelle Hinweise

folgt Zusammenfassung bis 1630